

Bernd Ladwig

Überlegungen zur Reform des Bachelor Politikwissenschaft

Stellenwert des Papiers

Dies ist kein abstimmungsfähiger Antrag, sondern eine Gedankensammlung zu dem Zweck, Denkmöglichkeiten und mögliche Kompromisslinien zu erkunden, um einen neuen Grundsatzkonflikt am OSI zu vermeiden. Der Verfasser nimmt damit *nicht* Partei gegen den Entwurf der Reformkommission, zumal er diesen selbst – am Rande – mitformuliert hat. Für eine Abstimmung scheint mir die Zeit ohnehin noch nicht reif zu sein.

Voraussetzungen

Der Institutsrat des OSI hat eine Reformkommission eingesetzt, die ein gut durchdachtes und detailliert ausgearbeitetes Y-Modell für einen reformierten Bachelor Politikwissenschaft vorgelegt hat. Die geleistete Arbeit, die bereits am Institutstag viel Anerkennung und mehrheitliche Zustimmung erfahren hat, wird vom Institutsrat nachdrücklich begrüßt. Sie sollte die Grundlage für alle Versuche bilden, Bedenken gegen einzelne Aspekte des Vorschlages zu berücksichtigen, um so zu einem möglichst *konsensfähigen* Vorschlag zu kommen.

Ein solcher Vorschlag sollte *nicht gegen* die dafür eingesetzte Kommission, sondern *aus ihr heraus* entwickelt und in die zur Entscheidung befugten Gremien hineingetragen werden. Zugleich sollten wir KampfAbstimmungen zu Lasten ganzer Funktionsgruppen vermeiden. Sie sind auch vermeidbar, weil wir uns im Grundsätzlichen – in der Befürwortung eines Y-Modells bei weiterer Entschlackung der Studiengänge und Erhöhung der Wahlfreiheit für die Studierenden – alle einig sind. Auch Vorschläge wie die Einführung affiner Module und die Nichtberücksichtigung einiger Noten in der Gesamtnote sind wohl ohne weiteres zustimmungsfähig.

Argumente

Gegen den Vorschlag aus der Reformkommission gibt es dennoch Bedenken von Seiten der meisten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer sowie aus Kreisen der Lehrplanung. Sie betreffen beinahe allein die vorgesehene Ausgestaltung *des Pflichtbereichs*. Sie entspricht weitgehend der schon geltenden Studienordnung und sieht neben dem Propädeutikum drei inhaltliche Studienbereiche mit fünf Pflichtmodulen vor.

Das *zentrale Bedenken* gegen ein solches Pflichtpensum ist, dass es uns wenig Flexibilität in der Lehrplanung ließe. Auch hielte es die Studierenden zum Besuch sehr vieler Vorlesungen an, was die Beweglichkeit in der Studienplanung, etwa mit Blick auf Auslandssemester, beeinträchtigen könnte. Auch sollte, so ein Einwand, die Studienordnung eine gewisse Rücksicht auf die in den nächsten Jahren zu erwartende Lehrkapazität zu erkennen geben. Sie sollte nicht allein mit Blick auf Wünschbarkeiten, sondern zugleich mit einem gewissen Wirklichkeitssinn entworfen sein. Flexibilisierung und Entschlackung des Studiums sollten darum nicht auf den Wahlpflichtbereich beschränkt bleiben.

Allerdings sind solche Bedenken, wie sie in einem Alternativentwurf zur BA-Ordnung Ausdruck fanden, bereits am Institutstag nicht unbeantwortet geblieben. Ein *zentrales Anliegen* der Verteidiger des Kommissionsentwurfes ist, dass Module, um deren Aufwertung und adäquate Neuausschreibung wir kämpfen, als unverzichtbare Bereiche auch in der Studienordnung kenntlich werden. Das gilt namentlich für die Ideengeschichte, aber durchaus auch für das Politische System. Bereiche, die die Studienordnung nicht eigens ausweist, bieten sich eher zur Streichung an als solche, deren zentrale Stellung aus der Studienordnung klar hervorgeht. Das ist auch mit Blick auf einen Strukturplan des OSI, der diesen Namen verdient (also eine echte Struktur zu erkennen gibt), eine wichtige Erwägung.

Auch argumentieren manche für einen *Kanon* des Faches, der dessen theoretisch-konzeptionellen Grundlagen ein großes Gewicht gibt. Gegen eine Zusammenlegung der bislang zwei Theorievorlesungen zu nur einer wird eingewandt, dass dies angesichts der Spannweite und Komplexität des Gebietes auf eine inakzeptable Verarmung hinausliefe. (Der Verfasser teilt dieses Bedenken.) Auch weisen die Verteidiger des Kommissionsmodells auf die erheblichen Entlastungseffekte und die wesentlich vergrößerten Wahlmöglichkeiten im Wahlpflichtbereich hin.

Was ist an der Position jeder Seite verhandelbar, was nicht? Mir scheint, die Mehrheit der Hochschullehrinnen und Hochschullehrer wird von ihrem Ziel einer Entschlackung auch des Pflichtbereichs nicht abrücken. Umgekehrt werden die Verteidiger des Kommissionsentwurfes auf einem eigenen Modul Ideengeschichte zusätzlich zum Modul Moderne politische Theorie beharren. Dies voraussetzend, gebe ich die folgende Möglichkeit eines Kompromisses zu bedenken. Sie greift Elemente des Alternativentwurfes auf, um sie in den Entwurf der Reformkommission einzufügen.

Ein Vorschlag zur Güte

Wie im Alternativentwurf, bestünde der Pflichtbereich aus nur mehr *drei inhaltlichen Kernbereichen*: Politische Theorie, Politische Systeme (Plural!) und Internationale Beziehungen. Für jeden Kernbereich sind 15 LP vorgesehen. Sie können sich aus einer Vorlesung und zwei PS, alternativ auch aus zwei Vorlesungen und einem PS zusammensetzen. Die im Alternativentwurf für die Bereiche Theorie und Systeme (Plural!) vorgesehene inhaltliche Zusammenlegung zweier Vorlesungen zu nur einer entfele. (Mögliche Variante: Zumindest für Theorie und Systeme wird der Besuch beider Vorlesungen dringend empfohlen, die Substitution einer Vorlesung durch ein zweites PS ist aber möglich). Der Wahlpflichtbereich sähe weitgehend so aus wie von der Reformkommission vorgesehen.

Nun der entscheidende Unterschied zum Alternativentwurf. *Jedes Gebiet, aus dem sich die Lehrveranstaltungen im Pflichtbereich zusammensetzen, taucht zugleich als Modul im Wahlpflichtbereich auf.* Zu den bisherigen Wahlpflichtbereichen wie IPÖ, Friedensforschung, Europäische Integration und Regionales (gerne auch Umwelt) gesellten sich die Moderne politische Theorie, die Ideengeschichte, das Politische System der Bundesrepublik, Vergleichende Analyse sowie Theorie, Empirie und Geschichte der IB. Das wäre die Verallgemeinerung einer Option, die der Alternativentwurf für den Bereich IB bereits vorsieht: Diesem Entwurf zufolge sollte eines von zwei PS in diesem Bereich aus Wahlpflichtbereichen wie IPÖ oder Friedens- und Konfliktforschung gewählt werden können. Aber warum dann nicht gleich jedes Modul in den Wahlpflichtbereich aufnehmen?

Das bedeutet *nicht*, dass die Veranstaltungen im Pflichtbereich aus allen möglichen Modulen des Wahlpflichtbereichs stammen können. Vielmehr können im Kernbereich Theorie *nur* Veranstaltungen aus den Modulen Moderne politische Theorie und Ideengeschichte belegt

werden, im Bereich Systeme nur Veranstaltungen aus den Modulen System der BRD und Vergleichende Analyse, und im Bereich IB muss zumindest die Überblicksvorlesung IB besucht werden.

Der wesentliche Vorteil dieses Vorschlages gegenüber dem Entwurf der Kommission bestünde in der Entschlackung auch des Pflichtbereichs. Sein wesentlicher Vorteil gegenüber dem Alternativentwurf wäre die Sichtbarkeit jedes von uns gewünschten Bereichs, einschließlich der Ideengeschichte und auch des Politischen Systems der BRD, als unverzichtbares Modul in der Studienordnung. Und auch die Wahlfreiheit der Studierenden wäre erheblich. Dazu ein Beispiel.

Ein Beispiel

Das Politische System der BRD könnte in Gestalt einer Vorlesung und eines PS im Kernbereich belegt werden. Alternativ ist auch die Beschränkung nur auf die Vorlesung, eventuell auch nur auf ein PS, möglich. Wer mehr System will, könnte es zusätzlich als Wahlpflichtmodul mit 10 LP belegen. Eventuell gäben ihm die im Kommissionsentwurf vorgesehenen zwei Spezialisierungsmodule weitere Möglichkeiten der Vertiefung in seinem Lieblingsbereich. (Variante: Wer ein Modul aus dem Kernbereich zusätzlich im Wahlpflichtbereich belegt, muss die anderen 20 LP im Wahlpflichtbereich in anderen Modulen erwerben.) Und nicht zu vergessen: Er oder sie müsste sich die Note im Falle eines Missfallens nicht anrechnen lassen. Das gälte analog für Ideengeschichte, IB, Moderne Theorie etc.

Kurz: *Alle* Module wären Wahlpflichtmodule (10 LP). Aus *einigen* Wahlpflichtmodulen heraus werden die Veranstaltungen im Kernbereich abgedeckt. Im Kernbereich kommt den Vorlesungen ein besonderes Gewicht zu. (Welches genau, ist Verhandlungssache.)